



EU/EP: Energieeffizienz von Gebäuden

Straßburg, 19. Mai 2010

## PRESSEMITTEILUNG

### **Jutta Haug: "Auch Häuser müssen sparen"**

Europäisches Parlament verabschiedet Neufassung der  
Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden

Europas Gebäude sollen in Zukunft weniger Energie verbrauchen. Das Europäische Parlament hat am Dienstag entsprechende Standards für die Energieeffizienz von Gebäuden in der EU verabschiedet. "Das war höchste Zeit", begrüßte die SPD-Europaabgeordnete **Jutta HAUG** das gestrige Abstimmungsergebnis. „Eine verpflichtende Perspektive von Niedrigenergiehäusern in den EU-Mitgliedstaaten war dringend erforderlich“, erklärte die Sozialdemokratin weiter und verwies darauf, dass der aktuelle Gebäudebestand mit 40 Prozent des Endenergieverbrauchs der größte Energiefresser in Europa sei. Gleichzeitig entstammten über ein Drittel der EU-weiten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Gebäudesektor.

Nach der Richtlinie soll ab dem 31. Dezember 2020 der Energiebedarf aller neu gebauten Gebäude bei Null liegen. Dennoch anfallender Energiebedarf soll aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Für öffentliche Gebäude gilt dies bereits ab Ende 2018. Auch bei großen Renovierungen müssen die neuen Anforderungen berücksichtigt werden. "Dadurch werden innerhalb der EU Einsparungen im Stromverbrauch von bis zu sechs Prozent und eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um fünf Prozent möglich", so **HAUG**.

Nach den neuen Regelungen wird außerdem die Vorlage eines Energieausweises europaweit verpflichtend. Auf diesem muss die Energieeffizienz eines Hauses immer mit angegeben werden. Dies gilt auch für Wohnungsanzeigen. "Verbraucher sind dadurch in der Lage, den privaten Stromverbrauch gezielt mit einzukalkulieren und ihre eigenen Strom- und Heizkosten zu verringern. Auch werden europaweit Arbeitsplätze im Baugewerbe geschaffen. Eine Win-Win-Situation für Verbraucher und Wirtschaft", so **Jutta HAUG**.

Gleichzeitig wies die Europaabgeordnete darauf hin, dass bereits bestehende Finanzierungsinstrumente in Deutschland besser genutzt werden sollen. Bis heute werden nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) abgerufen. "Das muss sich für NRW ändern, damit durch die neuen Bestimmungen schnell Erfolge beim Klimaschutz erzielt werden", so **HAUG** abschließend.

*Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 47595*